

Italien

Alexander Grasse/Jan Labitzke

Die letzten Monate waren von den italienischen Parlamentswahlen am 4. März 2018, dem vorausgehenden Wahlkampf und der nachfolgenden langen Phase der Regierungsbildung durch die Fünf-Sterne-Bewegung (MoVimento 5 Stelle/M5S) und die Lega geprägt. Mit der am 1. Juni 2018 vereidigten Regierung zeichnet sich ein deutlicher Wandel der Europapolitik Italiens ab. Die Unzufriedenheit der italienischen Bevölkerung mit der nationalen und europäischen Politik ist infolge der ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten seit der Krise in der Eurozone und Fragen der Migration wie auch der inneren Sicherheit des Landes über Jahre gewachsen. Jedoch erst die Parlamentswahlen vom 4. März 2018 und die daraus hervorgegangene populistische Regierungskoalition zogen die Aufmerksamkeit der mitgliedstaatlichen Regierungen, der EU-Institutionen und der Öffentlichkeit plötzlich auf sich. Die häufig vergessene beziehungsweise unterschätzte Relevanz Italiens für die Eurozone und die Zukunft der EU wurde mit einem Mal wieder sehr deutlich. Tatsächlich dürften die Auswirkungen der Entscheidungen Italiens in zentralen Politikfeldern wie der Migrations- und Asylpolitik sowie der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die in der Koalitionsvereinbarung der Regierungspartner vorgezeichnet sind, folgenreich für die EU und die Eurozone, aber auch für das deutsch-italienische Verhältnis sein.

Der Wahlkampf und die Parlamentswahlen vom 4. März 2018

Die Parlamentswahlen führten zu massiven politischen Umbrüchen: Die bisherige Regierung unter der Führung des sozialdemokratischen Partito Democratico (PD), die auch von mehreren Gruppierungen der rechten Mitte gestützt wurde, wurde deutlich abgewählt. Wahlsieger wurden mit rund 32 Prozent der Stimmen der M5S und die Lega, die ihr Ergebnis im Vergleich zu 2013 mehr als vervierfachte und auf rund 17 Prozent kam.

Das Wahlergebnis hat vielfältige Ursachen, ist aber vor allem Ausdruck zunehmender Kritik an der europäischen Integration in ihrer bisherigen Form und insofern ein „Weckruf aus dem Süden“.¹ Der Verdross vieler Bevölkerungsteile, resultierend aus der zu langsamen wirtschaftlichen Erholung Italiens, gesunkenen Haushaltseinkommen, erheblichen Vermögensverlusten und wachsender Armut, insbesondere im Süden des Landes, wurde auch seitens der EU massiv unterschätzt. Dies trieb die WählerInnen in die Arme des M5S – mit dessen Versprechen eines grundlegenden sozialen Wandels, angefangen bei der Einführung einer sozialen Mindestsicherung, einer Mindestrente, einem Mindestlohn, besserer Arbeitsvermittlung und einer Rückgewinnung staatlicher Handlungs- und Kontrollfähigkeit durch öffentliche Investitionen einerseits und entschiedener Korruptionsbekämpfung andererseits. Die Lega profilierte sich hingegen durch das Versprechen massiver Steuersenkungen für ArbeitnehmerInnen und Unternehmen sowie durch ihren migrations- und ausländerfeindlichen Kurs.

1 Alexander Grasse: Parlamentswahlen in Italien: Weckruf aus dem Süden! Kommentar, in: Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 98., Heft 3/2018, S. 158.

Ein Austritt aus dem Euro stand hingegen im Wahlkampf nicht zur Diskussion, weder bei der Lega noch beim M5S. Im Gegenteil bemühte sich allen voran M5S-Spitzenkandidat Luigi Di Maio, staatstragend aufzutreten und das internationale Umfeld mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung oder gar -übernahme zu beruhigen. Gefordert wurde jedoch ein Ende der Austeritätspolitik, wobei sich diese Forderung nicht auf Lega und M5S beschränkte, sondern nahezu alle Parteien größere fiskalpolitische Flexibilität anmahnten und entsprechende Verhandlungen mit der EU nach der Wahl ankündigten.²

Abseits der inhaltlichen Neuausrichtung der italienischen Politik infolge der neuen Regierung hat sich das Wahlergebnis auch massiv auf das Parteiensystem ausgewirkt: Die Parteien links der Mitte, die in Italien zugleich den besonders europa- und integrationsfreundlichen Teil des Parteienspektrum bilden, haben massiv an Zustimmung verloren, insbesondere der PD, der nach dem bereits mäßigen Wahlergebnis von 2013 nochmals deutlich verlor und unter 19 Prozent Zustimmung blieb. Daraufhin entbrannte eine innerparteiliche Kontroverse um die programmatische Ausrichtung des PD, um eine mögliche Koalition zwischen PD und M5S beziehungsweise alternativ dazu eine Sammlungsbewegung nach französischem Vorbild. Dies könnte in absehbarer Zeit zu einer Spaltung der (ohnehin seit ihrer Gründung im Jahr 2007 sehr heterogenen) Partei führen. Rechts der Mitte hat die bisher dominierende Forza Italia (FI) des ehemaligen Regierungschefs Silvio Berlusconi ihre Führungsrolle an die Lega und deren Chef Matteo Salvini abgeben müssen, nachdem die FI nur auf rund 14 Prozent der Wählerstimmen kam. Die Lega selbst, die erstmals nicht mehr als Lega Nord angetreten war, muss sich als gesamtitalienische Partei etablieren, ohne dabei ihre Stammwählerschaft in Norditalien zu verlieren. Der M5S, ursprünglich als Protestbewegung entstanden, trägt nun erstmals abseits der lokalen Ebene Regierungsverantwortung. Dabei muss die Bewegung nicht nur ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen, sondern sie befindet sich zugleich in einer Koalition mit der Lega, die – obwohl der deutlich kleinere Koalitionspartner – bisher die politische Agenda und die mediale Berichterstattung dominiert und eine Migrationspolitik forciert, die den M5S und die italienische Gesellschaft zu spalten droht.

Langwierige Regierungsbildung und die ersten Wochen der gelb-grünen Koalition

Angesichts der unklaren Mehrheitsverhältnisse in den neu gewählten Parlamentskammern, bei dem keines der drei Lager, Mitte-links, Mitte-rechts und M5S, eine eigene Mehrheit erzielen konnte, gestaltete sich die Suche nach einer neuen Regierungsmehrheit sehr schleppend. Nachdem der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella im Mai 2018 die Sondierungen schon als gescheitert angesehen hatte, zeichnete sich Anfang Juni plötzlich ein gelb-grünes Koalitionsbündnis zwischen M5S und Lega ab.³

Mit Blick auf die europapolitische Programmatik der populistischen Regierung zeigt sich ein Fokus auf die Rückgewinnung nationaler Souveränität und vermehrte Durchsetzung italienischer Interessen. Insgesamt soll die italienische Außenpolitik stärker auf den Mittelmeerraum ausgerichtet werden. In Bezug auf das Ost-West-Verhältnis bekennt sich die

2 Eine ausführliche Analyse der Parlamentswahlen und deren Hintergründe findet sich in: Alexander Grasse/Jan Labitzke: Politikwechsel mit Ansage – Ursachen und Hintergründe des Wahlerfolgs der Populisten in Italien, in: Institut für Europäische Politik/IEP Berlin: Research Paper, Juli 2018, im Erscheinen.

3 Zum langwierigen Prozess der Regierungsbildung, der neuen Regierungsmannschaft, den Inhalten der Koalitionsvereinbarung zwischen M5S und Lega sowie deren Auswirkungen auf die europäischen Partner, vgl. Alexander Grasse/Jan Labitzke: Aus Krisen geboren – die neue italienische Regierung aus Lega und MoVimento 5 Stelle und die Folgen für Europa, in: integration, Heft 2/2018, S. 97-127.

Regierung grundsätzlich zum transatlantischen Bündnis, betont zugleich jedoch die Notwendigkeit einer politischen Öffnung gegenüber Russland.

Wirtschafts- und Fiskalpolitik

Die Koalitionsvereinbarung unterstützt die vollumfängliche Umsetzung der sozialpolitischen Aspekte des geltenden Primärrechts der Union, auch durch den konsequenten Einsatz neuer Instrumente. Der Anspruch, die mit 131,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) sehr hohe Schuldenquote Italiens zu verringern, wird formal nicht aufgegeben, soll aber nicht durch Steuererhöhungen und Sparprogramme, sondern durch eine Wachstumspolitik, basierend auf öffentlichen Investitionen, Sozialprogrammen und Steuersenkungen bei der Körperschafts- wie auch der Einkommenssteuer, erfolgen. So sollen die Angebotsbedingungen verbessert und zugleich die Binnennachfrage angekurbelt werden. Zudem solle die Europäische Kommission zukünftig investive Ausgaben aus den Defizitberechnungen des laufenden Haushalts ausklammern. In der endgültigen Fassung der Koalitionsvereinbarung propagieren Lega und M5S einen „verhältnismäßigen und begrenzten Rückgriff auf das Instrument der Neuverschuldung“⁴ und kündigten an, die entsprechenden Regularien auf europäischer Ebene neu diskutieren zu wollen.

Der neue, parteilose Finanzminister Giovanni Tria ist bestrebt, die Finanzmärkte zu beruhigen. Er erklärte unzweideutig, Italiens Mitgliedschaft in der Eurozone stehe nicht zur Disposition. Im Parlament wies er zudem bezüglich der mehrjährigen Finanzplanung darauf hin, dass er keine Neuverschuldung für konsumptive Ausgaben plane, sondern neben Investitionen auch Strukturreformen anstrebe und die Regierung Prioritäten in ihrem kostspieligen Regierungsprogramm werde setzen müssen.⁵

Tatsächlich steht die weiter um einen Prozentpunkt dem durchschnittlichen Wachstum der Eurozone hinterherhinkende Volkswirtschaft Italiens vor großen Herausforderungen. Als eines der wenigen Länder der Eurozone hat Italien noch immer nicht die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise eingetretenen Verluste seines Bruttoinlandsprodukts kompensiert. Die Industrieproduktion Italiens liegt 17 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2008, und auch die Arbeitslosigkeit ist mehr als 5 Prozentpunkte höher als zu Beginn der Krise.⁶ Finanzminister Tria setzt neben nationalen Maßnahmen explizit auf eine grundlegende Reform der Wirtschaftsunion.⁷ Als besonders problematisch bewertet er das unzureichende haushaltspolitische Instrumentarium der EU, das kaum geeignet sei, makroökonomischen Schocks entgegenwirken zu können.

Migrations- und Asylpolitik

Innenminister und Lega-Chef Salvini prägte vor dem Hintergrund mehrerer Regional- und Kommunalwahlen durch gezielte Provokationen und eine Art Dauerwahlkampf bislang das politische Geschehen Italiens. Damit drängte er auch Ministerpräsident Giuseppe Conte, einen absoluten Politikneuling, immer wieder in den Hintergrund und schickte sich an, als Innenminister zum eigentlichen Regierungschef zu avancieren.

4 Contratto per il governo del cambiamento, 17.5.2018, abrufbar unter: <https://tg24.sky.it/politica/2018/05/17/contratto-per-governo-cambiamento.html> (letzter Zugriff: 1.6.2018).

5 Rede von Giovanni Tria im italienischen Parlament, in: *Il Foglio*, 19.6.2018, abrufbar unter: <https://www.ilfoglio.it/economia/2018/06/19/news/produttivita-e-riduzione-del-deficit-tria-sceglie-la-continuita-con-padoan-201296/https://www.ilfoglio.it/economia/2018/06/19/news/produttivita-e-riduzione-del-deficit-tria-sceglie-la-continuita-con-padoan-201296/> (letzter Zugriff: 2.7.2018).

6 *Il Foglio*, Tria, 2018.

7 *Il Foglio*, Tria, 2018.

Salvini versucht sich insbesondere im Bereich der Migrationspolitik zu profilieren, wobei sich seine Maßnahmen sowohl gegen Flüchtlinge und Asylsuchende als auch gegen in Italien lebende Roma richten. Dass die große Priorität des Lega-Chefs auf der Migrationspolitik liegt, zeigt sich auch darin, dass er bereit ist, die geplante Steuerreform, das zweite große Wahlkampfthema der Lega, auf das Jahr 2020 zu vertagen.⁸

Besonderes mediales Aufsehen erregt Salvinis Politik, Boote von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die Flüchtlinge im Meer zwischen Italien und Nordafrika aufnehmen, das Anlegen in den italienischen Häfen zu verweigern. So durfte das Schiff „Aquarius“ von SOS Méditerranée Mitte Juni keine Flüchtlinge in Italien von Bord bringen, was zu einem diplomatischen Eklat zwischen Italien und Frankreich führte.⁹ Da auch Malta dem Schiff das Anlegen in seinen Häfen verweigerte, konnten die Flüchtlinge erst nach Tagen auf See und der Aufnahmebereitschaft der neuen sozialistischen Regierung in Spanien in Valencia an Land gehen.

Kontroversen löste Salvini auch mit seinem Plan aus, die Angehörigen der Minderheit der Sinti und Roma in Italien zählen zu lassen. Ziel sei es zu sehen, „wer, wie und wie viele es sind“; diejenigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt in Italien würden abgeschoben, „während wir leider die italienischen Roma bei uns behalten müssen“, so Salvini.¹⁰ Diese Ankündigung löste EU-weit harsche Kritik aus. So zeigte sich die Europäische Kommission alarmiert und bekräftigte, dass Unionsbürger nicht aufgrund ihrer Ethnie ausgewiesen werden könnten. Selbst Salvinis Koalitionspartner, Vize-Ministerpräsident Di Maio (M5S) sowie der parteilose Ministerpräsident Conte, sprachen sich gegen einen Zensus auf Basis der ethnischen Zugehörigkeit aus, wodurch Salvini zu einer Relativierung seiner Aussagen gezwungen wurde.¹¹

Der migrationspolitische Kurs Salvinis wurde schon wenige Wochen nach Regierungsübernahme zu einer Belastung für die Koalition. Nicht nur, dass sich der Innenminister dergestalt eine mediale Dauerpräsenz sichert und damit auch auf Kosten der Fünf-Sterne zu profilieren vermag,¹² auch innerhalb der Bewegung, beispielsweise in parteieigenen Internetforen und auf Führungsebene, trat das Konfliktpotenzial dieser Politik zutage. Während eines Besuchs im zentralen Aufnahmelager für ankommende Flüchtlinge im sizilianischen Pozzallo sprach sich Roberto Fico (M5S), Präsident der Abgeordnetenkammer, gegen die von Salvini verfügte Schließung der Häfen für Rettungsschiffe von Nichtregierungsorganisa-

8 Amedeo La Mattina: Salvini dà la priorità ai migranti, la flat tax può attendere il 2020, in: La Stampa, 29.06.2018, abrufbar unter: <http://www.lastampa.it/2018/06/29/italia/salvini-d-la-priorita-ai-migranti-la-flat-tax-pu-attendere-il-ixg6SPK5NJ9sMorh3SGLQK/pagina.html> (letzter Zugriff: 29.6.2018).

9 Der Tagesspiegel: Italien verschärft Streit um Rettungsschiff Aquarius, 13.6.2018, abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-rettungsschiff-italien-verschaerft-streit-um-rettungsschiff-aquarius/22679276.html> (letzter Zugriff: 13.6.2018).

10 Il Foglio: Salvini continua la campagna elettorale: „Via i rom irregolari dall'Italia“, 18.06.2018, abrufbar unter: <https://www.ilfoglio.it/politica/2018/06/18/news/salvini-continua-la-campagna-elettorale-via-i-rom-irregolari-dall-italia-201127/> (letzter Zugriff: 19.6.2018).

11 Il Foglio, La campagna elettorale, 2018.

12 So hat die Lega in einer Meinungsumfrage des Instituts Ipsos für den Corriere della Sera den M5S in der Wählergunst kurz nach Regierungsantritt überflügelt. Nach dieser Umfrage hätten sich bei Wahlen Mitte Juni 2018 30,1 Prozent für die Lega und 29,9 Prozent für die Fünf Sterne entschieden. Auch nach den Daten von Noto Sondaggio lag die Lega (29 Prozent) vor dem M5S (27 Prozent), dem PD (20 Prozent) und mit weitem Abstand vor FI (9 Prozent). Vgl. Giuseppe Alberto Falci: Ecco come la Lega ha superato il M5S in tre mesi: „È il fattore Salvini“, in: Corriere della Sera, 19.06.2018, abrufbar unter: https://www.corriere.it/politica/18_giugno_19/sondaggio-ecco-come-lega-ha-superato-m5s-tre-mesi-fattore-salvini-24bd3766-73fa-11e8-ab58-f8ac6497bfa0.shtml?refresh_ce-cp (letzter Zugriff: 23.6.2018).

tionen aus.¹³ Diese Kritik wurde nicht nur von Salvini selbst, sondern auch von Ficos Parteikollegen und Arbeits- und Sozialminister Di Maio zurückgewiesen: Die Regierung stehe geschlossen hinter der immigrationspolitischen Linie.¹⁴

Auch auf europäischer Ebene wurde diese Linie konsequent vertreten, nicht zuletzt auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 28./29. Juni 2018 in Brüssel, als Conte bereits am ersten Tag ein Veto Italiens gegen eine gemeinsame Abschlusserklärung ankündigte, falls Italien keine Unterstützung in der Migrationsfrage erhalte. Conte forderte abermals eine Umverteilung von in Italien ankommenden Flüchtlingen auf die gesamte Europäische Union und eine Überwindung der Dublin-Asylregeln. Zwar wurde diese Haltung im Kreis der Staats- und Regierungschefs als Affront betrachtet, letztlich bestimmte Conte aber doch den Großteil der Gipfel-Agenda.¹⁵

Zusammenfassend lassen sich aus der Migrationspolitik der ersten vier Wochen seit Amtsantritt der neuen italienischen Regierung drei Beobachtungen ableiten: Erstens ist die zuwanderungspolitische Linie innerhalb der Koalition nicht unumstritten. Besonders der linke Flügel des M5S steht diesem Kurs kritisch gegenüber, wobei noch offen ist, wie sich dies mittelfristig auf den Zusammenhalt der Regie und des M5S auswirken wird. Zweitens zeigen die Ereignisse um die abgewiesenen Rettungsschiffe, dass auch andere Mitgliedstaaten an der Mittelmeerküste nicht oder nur im Ausnahmefall dazu bereit sind, die auf See aufgegriffenen Schutzsuchenden in ihr Land zu lassen. Die Migrationspolitik der neuen Regierung kann und muss – gerade aus humanitären Aspekten – kritisch betrachtet werden, nur ist diese kein italienisches Alleinstellungsmerkmal. Hier ist schließlich drittens zu hinterfragen, welches Signal dadurch vermittelt wird, dass seitens der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zwar nicht auf die jahrelangen Forderungen und Bitten der moderaten, europafreundlichen Regierungen der letzten Legislaturperiode eingegangen wurde, die wiederholt mehr Unterstützung für Italien in der Migrationsfrage und eine Reform der Dublin-Regeln angemahnt hatten, kurz nach der Regierungsübernahme des M5S und der Lega aber die italienische Position in weiten Teilen zur gesamteuropäischen Politik erklärt wird.

Perspektiven

Im Zuge der Auseinandersetzungen um den zukünftigen haushaltspolitischen Kurs Italiens traten im deutsch-italienischen Verhältnis wechselseitige Fehlwahrnehmungen und Schuldzuweisungen ebenso wie Stereotype und Ressentiments erneut in besorgniserregender Weise zutage. Hier scheint sich die These von der „schleichenden Entfremdung“ zwischen Italien und Deutschland zu bewahrheiten. Der italienische Staatspräsident wie auch der italienische Botschafter in Berlin sahen sich als Reaktion auf journalistisch zweifelhafte Pressebeiträge, in denen den Italienern unter anderem „aggressives Schnorren“¹⁶ unterstellt wurde – dabei unterschlagend, dass Italien Nettozahler in der Europäischen Union ist und maßgeblich zu allen Euro-Rettungsprogrammen beigetragen hat, ohne je selbst davon Gebrauch gemacht zu haben – zu ungewohnt deutlichen öffentlichen Stellungnahmen gezwungen. In Bezug auf das

13 La Repubblica: Migranti, Fico: „Io i porti non li chiuderei“. Salvini: „Parla a titolo personale, decidono i ministri“, 30.6.2018, abrufbar unter: http://www.repubblica.it/politica/2018/06/30/news/migranti_fico_porti-200441631/?ref=search (letzter Zugriff: 30.6.2018).

14 La Repubblica, Migranti, 2018.

15 Barbara Wesel: EU-Gipfel: Der lange Weg zur Einigung, in: Deutsche Welle, 29.06.2018, abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/eu-gipfel-der-lange-weg-zur-einigung/a-44452100> (letzter Zugriff: 29.6.2018).

16 Jan Fleischhauer: Die Schnorrer von Rom, in: Spiegel online, 24.05.2018, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-die-schnorrer-von-rom-kolumne-a-1209266.html> (letzter Zugriff: 18.6.2018).

Nord-Süd-Verhältnis nimmt jedoch der deutsch-italienische Dialog eine Schlüsselrolle ein, da Italien als Gründungsmitglied einerseits bislang zu den stärksten Unterstützern des Integrationsprozesses gehörte, andererseits jenseits der Alpen die Europaskepsis wächst und Italien zum Sprecher der Mittelmeerländer in Bezug auf eine Neuordnung der Union werden könnte. Die sich seit der Krise in der Eurozone erneut verfestigenden Nord-Süd-Disparitäten bergen tatsächlich das enorme Risiko politischer Spaltung,¹⁷ weshalb an beiden Fronten, sozioökonomisch wie auch politisch, entsprechender Handlungs- und Kooperationsbedarf herrscht. Italien bleibt trotz der neuen Regierung der Populisten von Lega und M5S ein unverzichtbarer, strategischer Partner Deutschlands zur Lösung entscheidender Zukunftsfragen der Europäischen Union. Die Entwicklungen der ersten Hälfte des Jahres 2018 haben die Notwendigkeit zur Intensivierung und Weiterentwicklung des Nord-Süd-Dialogs unterstrichen.

Italien wird als zentraler Akteur jenseits der deutsch-französischen Kooperation nicht nur in der Migrationspolitik gebraucht, sondern hat aufgrund seiner sozioökonomischen Probleme und seines wirtschaftlichen Gewichts eine Schlüsselrolle bei den drängenden Fragen sozialer Kohäsion und ökonomischer Konvergenz in der Eurozone inne und damit für die Fortentwicklung von Maßnahmen in der Economic Governance beziehungsweise der Wirtschafts- und Fiskalunion. Nicht zuletzt ist Italien für die Wahrung deutscher Interessen im Mittelmeerraum, insbesondere mit Blick auf die südlichen Mittelmeeranrainer, unentbehrlich und erster Ansprechpartner, etwa im Bereich vitaler Sicherheitsfragen, der Terrorismusbekämpfung und der Energiepolitik.

Die populistische Regierungskoalition, welche mit Bezug auf die Lega weit rechts zu verorten ist, mit Blick auf die Fünf-Sterne-Bewegung politisch jedoch noch keine Festlegung offenbart hat und weiterhin linksliberale Züge trägt, stellt die deutsch-italienischen Beziehungen im europäischen Kontext in jedem Fall vor besondere Herausforderungen, und auch die Zusammenarbeit im Rahmen der G7 und der NATO wird komplizierter. Selbst wenn unklar ist, wie lange sich diese Regierung im Amt halten kann, so ist absehbar, dass das italienische Parteiensystem, das politische System des Landes sowie dessen sozioökonomische Entwicklung nachhaltig von den Wahlergebnissen und Umbrüchen des März 2018 beeinflusst werden. Verfassungsfragen dürften, wie die Auseinandersetzungen um die Regierungsbildung in Rom und die Intervention des Staatspräsidenten bei der Ernennung des Finanzministers gezeigt haben, ebenfalls an Relevanz gewinnen und offensiver ausgetragen werden. Möglicherweise werden damit nicht nur Fragen des europäischen Selbstverständnisses, sondern auch Grundfragen der westlichen liberalen parlamentarischen Demokratien tangiert.

Weiterführende Literatur

Alexander Grasse/Markus Grimm: Populisten an der Regierung. Italien nach der Parlamentswahl vom März 2018, in: Heinz Ulrich Brinkmann/Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration in westlichen Industriegesellschaften, Wiesbaden 2018, im Erscheinen.

17 Vor einer solchen Spaltung warnte auch ausdrücklich der deutsche Außenminister Heiko Maas in seiner Grundsatzrede „Mut zu Europa – #EuropeUnited“, abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420> (letzter Zugriff: 2.7.2018).